

leß-  
im  
so  
par-  
ten  
ten  
der  
Ver-  
tur  
uro,  
Zu-  
rer  
st-  
tur  
de  
lel-  
nat  
en  
alls  
es  
ins  
we-  
fte  
itz  
de-  
en  
ler  
Zu  
on  
er-  
mt  
nd  
Die  
üt-  
eit-  
Fi-  
sie

Zu-  
er-  
eit  
ng  
er-  
im  
ge-  
de  
en.  
ng,  
lie  
ge-  
er-  
en  
en  
ell  
st.  
un-  
at:  
vel



Israelischer Regierungschef Netanyahu\*: „Keine weiteren Territorien räumen“

## Fremder Freund

**Diplomatie** In Berlin reift die Einsicht, dass mit Israels Premier Netanyahu kein Palästinenserstaat zu machen ist. Die Zeit der Rücksichtnahme geht zu Ende.

Angela Merkel kennt das schon. Immer wenn sie sich mit Israels Premierminister Benjamin Netanyahu trifft, kann sie wenige Tage später den vertraulichen Inhalt der Gespräche in einer israelischen Tageszeitung nachlesen.

Doch die Geschichte, die das Netanyahu-freundliche Gratisblatt „Israel Hayom“ am 16. Februar brachte, überraschte auch die Kanzlerin. „Merkel: Das ist nicht die Zeit für zwei Staaten“, titelte das Blatt. Dies habe die Kanzlerin Netanyahu soeben bei den deutsch-israelischen Regierungskonsultationen in Berlin gesagt.

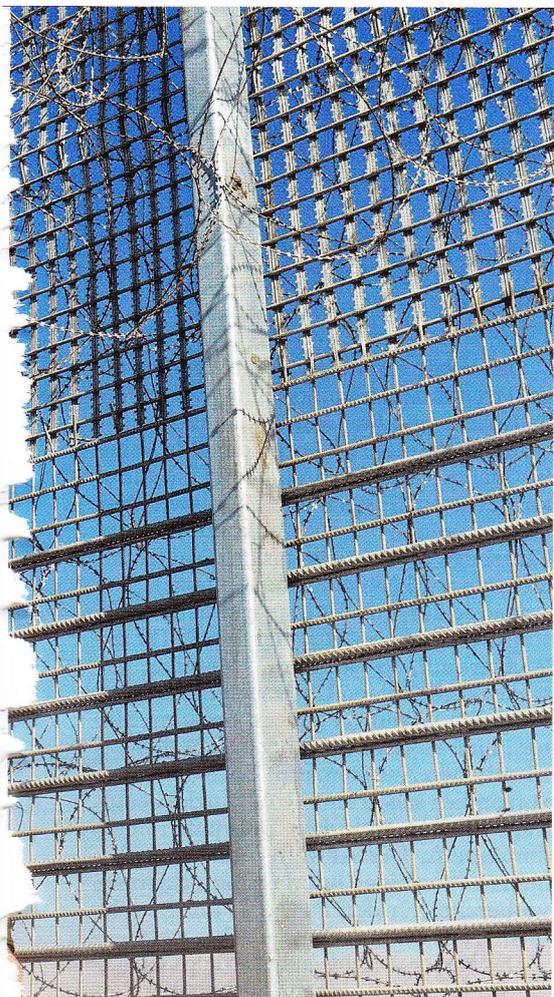
Merkels Leute waren sauer. Offensichtlich hatte der israelische Premier ihre Worte so verdreht, dass es wie eine Unterstützung seiner Politik wirkte. Tatsächlich hat Merkel Netanyahu mehrfach klargemacht, dass sie die Auswirkungen des israelischen Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten für verheerend hält. Denn er macht es unwahrscheinlich, dass dort wie geplant ein

lebensfähiger Palästinenserstaat entstehen kann. Alles andere aber, davon ist Merkel ebenso wie Außenminister Frank-Walter Steinmeier überzeugt, würde aus Israel langfristig ein Apartheidregime machen. Netanyahu hat diese Argumentation nicht im Mindesten beeindruckt.

Der Premierminister konnte sich immer darauf verlassen, dass Berlin am Ende auf der Seite Israels stehen und sich nicht an die Spitze der Kritiker setzen würde. Doch vor allem im Auswärtigen Amt fragen mittlerweile viele, ob man in der Vergangenheit nicht die falschen Signale gesetzt habe. Genannt wird dabei auch die Rede der Kanzlerin, in der sie 2008 vor der Knesset gesagt hatte, die Sicherheit Israels sei Teil der deutschen Staatsräson.

„Es setzt sich in der Bundesregierung die Erkenntnis durch, dass Netanyahu un-

\* Oben: am Grenzzaun zu Jordanien; rechts: in Ramallah 2014.



KOBI GIBSON / ACTION PRESS

griff wie gewohnt zum Telefon und meldete sich beim Amtskollegen Steinmeier. Dem Vernehmen nach gefiel ihm vor allem jener Absatz nicht, der den Bau jüdischer Siedlungen im Westjordanland kritisierte. „Ich verlass mich auf euch“, sagte Netanyahu und legte auf.

Bislang konnte sich Netanyahu ziemlich sicher sein, dass sich die Unterstützer Israels im Amt durchsetzen, doch an diesem Montag im Januar war es anders. Netanyahus Bitte wurde verworfen, Steinmeier stellte sich in Brüssel hinter den Text. „Siedlungen“, heißt es darin, „stellen ein Friedenshindernis dar und könnten eine Zweistaatenlösung unmöglich machen.“

Es ist ein Zeichen dafür, dass sich die Gewichte im Amt verschieben. Selbst bekennende Israelfreunde wie der frühere deutsche Botschafter in Tel Aviv und jetzige Politische Direktor Andreas Michaelis sprachen sich in den internen Beratungen dagegen aus, dem israelischen Premier entgegenzukommen. Auch im Kanzleramt hat man die Hoffnung aufgegeben, mit Netanyahu könne der Friedensprozess wiederbelebt werden. Merkel stellte sich beim Berlinbesuch von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas vor zwei Wochen demonstrativ an dessen Seite. „Ich verstehe Präsident Abbas, dass er immer wieder den Weg in den Sicherheitsrat sucht“, sagte sie. Selbst Vorwürfe Netanyahus, die EU betreibe mit einer Kennzeichnungspflicht für Siedlungsprodukte einen antijüdischen Boykott, beeindruckten das Kanzleramt nicht mehr. Merkels außenpolitischer Berater Christoph Heusgen unterstützt das Vorgehen der EU.

Die Verantwortung dafür, dass die Israelkritiker stärker geworden sind, trägt Netanyahu selbst. Mittlerweile leben im Westjordanland unter knapp drei Millio-

nen Palästinensern rund 350 000 Juden in 125 Siedlungen. Die Kolonien zerstückeln das Land; ein zusammenhängendes Territorium für einen palästinensischen Staat ließe sich nur dann bilden, wenn eine große Zahl Siedlungen geräumt würde.

„Eine Zweistaatenregelung wird immer unwahrscheinlicher“, schreibt die Stiftung Wissenschaft und Politik in einer aktuellen Analyse. „Die finanziellen und politischen Kosten steigen mit jeder Siedlungseinheit, die wieder abgebaut, und mit jedem Siedler, der evakuiert werden müsste.“

Ein Großteil des israelischen Kabinetts lehnt mittlerweile einen palästinensischen Staat offen ab. „Israel kann keine weiteren Territorien räumen“, sagt zum Beispiel Naftali Bennett, Bildungsminister und Chef der Siedlerpartei.

Im Auswärtigen Amt hat man all diese Zitate sorgsam gesammelt. Mittlerweile werden auch alternative Szenarien durchgespielt, düstere zumeist. Es geht um die Frage, welche Alternative es zur Gründung eines Palästinenserstaats geben kann.

Würde Israel die entsprechenden Gebiete annektieren? Und würde es bereit sein, den Palästinensern in einem solchen Staat gleiche Rechte zu geben mit dem Risiko, dass Juden darin schon bald in der Minderheit wären? Oder wird es ein Apartheidregime errichten, wie es früher in Südafrika geherrscht hat?

Genau diese Fragen hat der amerikanische Außenminister John Kerry im Dezember bei einem Forum in Washington gestellt. Die „Zweistaatenlösung“ drohe zu einem Slogan, einer Wegwerfphrase zu verkommen, warnte Kerry und sprach sich dafür aus, die Israelis mit diesen harten Fragen zu konfrontieren. „Wir können nicht die Regeln der Diplomatie aufrecht erhalten und so tun, als ob.“

sere Freundschaft instrumentalisiert“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Rolf Mützenich. Es sei zu begrüßen, wenn jetzt im Auswärtigen Amt und im Kanzleramt ein Umdenken stattfindet.

„Die gegenwärtige Politik Israels leistet keinen Beitrag dazu, dass das Land jüdisch und demokratisch bleibt“, findet auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Norbert Röttgen (CDU). „Diese Sorge müssen wir gegenüber Israel noch klarer ausdrücken.“

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die Haltung der Bundesregierung ändert. Vor wichtigen Abstimmungen in der EU oder in den Vereinten Nationen ruft Netanyahu in der Regel den deutschen Außenminister an, um dessen Unterstützung einzufordern. So geschah es auch Anfang des Jahres, als sich die EU-Außenminister anschickten, eine Resolution zum Nahostkonflikt zu schreiben. Der Text war von den Botschaftern der 28 Mitgliedstaaten vorbereitet worden, er las sich ziemlich ausgewogen.

Bevor sich die EU-Außenminister in Brüssel trafen, gelangte der Text in die Hände der Israelis. Netanyahu, der nicht nur Premier-, sondern auch Außenminister ist,



NASSER NASSER / AP / DPA

Gast Steinmeier, Präsident Abbas\*: Düstere Szenarien

Könnte Steinmeier nicht eine ähnliche Rede halten? Im Januar ließen die Befürworter einen Versuchsballon steigen. Sie schrieben einen Entwurf, der für einen Auftritt des Ministers Anfang Februar an der Akademie der Wissenschaften in Mainz gedacht war. Die Rede gab Israel nicht einseitig die Schuld am Scheitern des Friedensprozesses. Aber sie stellte Fragen, die in der Öffentlichkeit nicht zu stellen wagte. Viele in Steinmeiers Umfeld fanden das Manuskript gut. Doch am Ende setzten sich noch einmal die Israelfreunde durch. Steinmeiers Büroleiter Jens Plötner strich die entscheidenden Passagen.

Die Israelkritiker geben sich jedoch nicht geschlagen. Bei der nächsten Steinmeier-Rede wollen sie es erneut versuchen.

Ralf Neukirch, Christoph Schult